

Nützliche Nachrichten 4/2006

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 15. Mai 2006

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Gemeinsamer Brief an Abgeordnete wegen Gewalteskalation in der Türkei

Prof. Dr. Andreas Buro

Koordinator des Dialog-Kreises

Thomas Gebauer

Geschäftsführer, medico international

Heiko Kauffmann

Vorstandsmitglied, Aktion Courage und Pro-Asyl

Bruder Jürgen Neitzert und Bruder Markus Heinze

Koordination der Gerechtigkeit und Frieden
der mitteleuropäischen Franziskaner

Dr. med. Gisela Penteker

Türkeibeauftragte des Vorstands IPPNW e.V.

Mani Stenner

Geschäftsführer, Netzwerk Friedenskoooperative

9. Mai 2006

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

sehr geehrter Herr Abgeordneter,

während sich viele Augen auf die Gewalt in Afghanistan und den Irak, sowie auf den Konflikt um das Atomprogramm des Iran richten, eskaliert die Gewalt im türkisch-kurdischen Konflikt erneut und wird mehr und mehr zu einer weiteren Gefahr für die ganze ohnehin schon so labile Nahost-Region. Wir bitten Sie, zur Deeskalation in diesem „uns nahe liegenden“ Konflikt beizutragen. Immerhin leben etwa 3,5 Millionen Türken und Kurden in der EU, viele davon in Deutschland.

Diagnose: Es handelt sich um einen Minderheiten-Konflikt, wie sie oft bei der Entstehung von Nationalstaaten auftreten.

Minderheiten werden unterdrückt und einer Zwangsassimilierung unterworfen. Gewaltausbrüche von beiden Seiten erschweren eine vernünftige Regelung. Ankara, wie auch die EU, haben die Jahre zwischen 1999 und 2004 während des einseitigen Waffenstillstands der PKK nicht für eine politische Lösung genutzt, während die kurdische Seite mit einer politischen Lösung im Rahmen des türkischen Nationalstaates einverstanden war, also kein Separatismus! Gegenwärtig wird

Gewalt von der türkischen Generalität durch provokante Anschläge bewusst eskaliert, um ihre Bedeutung innerhalb der Türkei, die durch die Reformpolitik Ankaras vermindert wurde, zu stärken. Premier Erdogan hat daraufhin seine Bereitschaft auf den Konflikt mit Reformen einzugehen, aufgegeben.

Prognose: Durch Aktion und Reaktion weiten sich die Kämpfe aus. Schon stehen etwa 250 000 türkische Soldaten in den kurdischen Gebieten. Grenzüberschreitende militärische Aktionen in den Irak sind nicht auszuschließen. Bereits führen Teile der Spezialteams Operationen jenseits der Grenze durch. Die Folgen sind Verfeindung innerhalb der Gesellschaft, Blockierung der Demokratisierungsprozesse, weiteres Anwachsen der gegenwärtig schon enormen sozialen Probleme in den kurdischen Gebieten, keine Lösung der berechtigten kurdischen Ansprüche auf eine eigenständige Kultur. Während in den Kämpfen der 90er Jahre Selbstmordanschläge fast nicht vorkamen, werden diese nun zur Waffe und zwar im Gebiet der ganzen Türkei. Die EU-Staaten halten an ihrem Terrorismus-Vorwurf gegenüber den kurdischen Organisationen fest und verbauen sich so die Möglichkeit, friedenspolitisch aktiv zu werden.

Therapieansatz: Der Deutsche Bundestag fordert beide Konfliktseiten auf, den Kampf bedingungslos einzustellen und den Dialog aufzunehmen. Dabei wird auch vermittelt, dass die Lösung der Kurden-Frage eine unabdingbare Voraussetzung für den EU-Beitritt der Türkei ist. Diese Aufforderung wird durch eine entsprechende Politik der Bundesregierung auch gegenüber der EU unterstützt. Die Bundesregierung bietet – möglichst unterstützt von der EU – an, in dem Konflikt zu vermitteln und dort, wo Fortschritte erzielt werden, auch entwicklungspolitische Hilfe zu leisten. Ansprechpartner auf der kurdischen Seite können die gewählten Vertreter der legalen kurdischen Parteien sein.

Unsere Bitte an Sie: Denken und handeln Sie friedenspolitisch. Freund-Feind-Denken hilft nicht weiter. Noch ist es möglich, einen erneuten Flächenbrand zu verhindern und den Konflikt zu deeskalieren. Setzen Sie das Thema auf die Tagesordnung der Politik. Danke!

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Andreas Buro

Ereignis-Kalender

Abschiebestopp für Kurden gefordert

Flüchtlingsorganisationen in Schleswig-Holstein haben sich für einen sofortigen bundesweiten Abschiebestopp von kurdischen Flüchtlingen in die Türkei stark gemacht. Begründet wird dies mit der Menschenrechtslage in den kurdischen Gebieten. „Seit rund sechs Wochen kann man sich als Kurde in der Türkei seines Lebens nicht mehr sicher sein. Tägliche Unruhen und Anschläge, militärische Operationen und Razzien der Sicherheitskräfte, zahlreiche Inhaftierungen, Tote, Hunderte von Verletzten – so die Schlagzeilen.“ Daher fordert der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein zusammen mit kirchlichen Vertretern und der Deutsch-Kurdischen-Gesellschaft in Kiel vom Bundesinnenministerium, einen sofortigen Abschiebestopp von kurdischen Flüchtlingen in die Türkei zu erlassen.

(PM des Flüchtlingsrats Schleswig Holsteins, 13.4.06, office@frsh.de; Neues Deutschland, 15.4.06)

200.000 Geduldete und 14.000 von Abschiebung Bedrohte

Nach Informationen des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein sind derzeit 14.000 Menschen von der Abschiebung bedroht. Astrid Willer vom Flüchtlingsrat antwortet auf die Fragen von Wolfgang Pomrehn in der jungen Welt: „Unter den hier lebenden kurdischen Flüchtlingen aus der Türkei herrscht zur Zeit große Verunsicherung. Wie akut ist die Gefahr von Abschiebungen?“ „Für diejenigen, die nur eine Duldung haben, ist sie sehr groß. Sie sind ausreisepflichtig, und nach Einschätzung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gibt es keine asylrelevanten Abschiebehindernisse mehr in der Türkei, weil sich dort die Verhältnisse verbessert hätten. Bundesweit sind davon 14000 Personen betroffen. In Schleswig-Holstein gibt es zur Zeit 2800 Menschen, die mit einer Duldung leben müssen. Das bedeutet, daß ständig das Damoklesschwert der Abschiebung über ihren Köpfen hängt. Ungefähr ein Drittel der Betroffenen sind türkische Staatsangehörige, ganz überwiegend Kurden. Hinzu kommt, daß zunehmend gegen türkische Staatsangehörige, deren Asylantrag anerkannt worden war, Widerrufsverfahren eingeleitet werden. Die Begründung: Die seinerzeit vorgetragenen Fluchtgründe seien entfallen.“ Darüber hinaus lebten Ende 2005 etwa 200.000 Menschen mit einer Bescheinigung über die „Aussetzung der Abschiebung“ (Duldung) in Deutschland, fast die Hälfte davon bereits mehr als zehn Jahre. Da Duldungen immer nur kurzfristig ausgesprochen werden, müssen die Geduldeten jederzeit mit Abschiebung rechnen.

(junge Welt, 19.4.06 und 22.4.06)

Das neue Anti-Terror-Gesetz

In der Türkei rufen die Armeechefs seit über einem Jahr nach schärferen Gesetzen - jetzt wird ihr Wunsch erfüllt. Im Zuge der EU-Reformen hatte das Parlament im Juli 2003 einen der schlimmsten Gesinnungsparagraphen abgeschafft: den Paragraphen 8 des Antiterrorgesetzes. Er hatte Propaganda, Versammlungen und Demonstrationen gegen "die unteilbare Einheit des Staates, seines Landes und seiner Nation" unter Strafe gestellt. Die Formulierung passte auf unerwünschte Erwähnungen nichttürkischer Gruppen wie der Kurden, sie wurde genutzt gegen kritische Schriftsteller und Journalisten, deren Äußerungen als Terrorakt verurteilt werden konnten.

Die Streichung des Paragraphen war eine der Kernforderungen der EU. Bei Polizei, Justiz und Militär konnten jedoch viele nur schwer verschmerzen, dass Propaganda gegen die Dogmen des Staates straflos blieb.

Die Überschrift der türkischen Tageszeitung Hürriyet über das Vorhaben der AKP-Regierung besagt eigentlich alles: „Schlimmer als die Staatssicherheitsgerichte“.

Denn die Türkei hat ihre Anti-Terrorgesetze erneut verschärft. Das neue Anti-Terrorgesetz soll die Sicherheitskräfte in die Lage versetzen, effektiver gegen die PKK sowie deren Unterstützer und Geldgeber vorzugehen. So sollen Eltern bestraft werden können, die ihre Kinder zu Demonstrationen schicken: Bei den Kurdenunruhen der vergangenen Wochen waren auffällig viele Minderjährige in den ersten Reihen der Demonstranten zu sehen.

Das neue Gesetz schränkt aber auch die erst in den vergangenen Jahren ausgeweiteten Grundrechte wieder ein. Schon Bänder in den Farben Rot, Gelb und Grün können einen Demonstranten künftig ins Gefängnis bringen. Wer verummt an einer Demonstration teilnimmt oder mittels Kleidung, Transparenten oder Parolen eine „Terrororganisation“ unterstützt, muss künftig mit bis zu 15 Jahren Haft rechnen.

Der problematischste Teil des Gesetzes betrifft die Pressefreiheit. Wer über die Medien für die PKK "Propaganda" betreibt, kann mit bis zu 4 1/2 Jahren Haft bestraft werden. Im Extremfall können Zeitungen verboten werden - was sehr an die Zeiten vor dem Beginn der EU-Reformen vor vier Jahren erinnert. Wo nach dem Gesetz eine kritische und pluralistische Berichterstattung endet und wo die "Propaganda" beginnt, ist unklar.

Menschenrechtsverfechter und Medien in der Türkei haben das geplante neue Antiterrorgesetz der Regierung in Ankara als undemokratisch kritisiert. Der Text widerspreche rechtsstaatlichen Prinzipien und den Menschenrechten, so der Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation IHD, Yusuf Alatas. Der Chef der Menschenrechtsstiftung TIHV, Yavuz Önen, sprach von einem Rückfall in die Zeiten des Kriegsrechts.

Viele EU-Politiker und Beobachter haben den Eindruck, dass in der Türkei die Zeit der entschlossenen politischen Reformen vorbei ist. Vom Reformeifer der vergangenen Jahre sei nichts mehr zu spüren, sagte die Grünen-Chefin Claudia Roth Mitte April bei einem Besuch in Ankara. Das US-Magazin "Newsweek" kritisierte eine "hässliche nationalistische Stimmung" in der Türkei.

(Hürriyet, Bremer Nachrichten; St. Galler Tagblatt und Die Presse | Wien, 19.4.06; Der Tagesspiegel und Berliner Zeitung, 20.4.06; Yeni Özgür Politika, 25.4.06; Hürriyet, 28.4. u. 3.5.06)

Der Geist des neuen Anti-Terror-Gesetzes in der Schule

Das Innenministerium wünscht in einer an die Provinzgouverneure gesandten "geheimen" Anweisung, dass an Grund- und Mittelschulen "Komitees" gegen Kurden gegründet werden. Gemäß der Anweisung soll zur Teilnahme an "Unterrichtsstunden der türkischen Sprache und Kultur" angeregt und darauf hingearbeitet werden, dass solche Stunden verpflichtend werden.

Nach einer Meldung des Nachrichtendienstes ANKA habe der ISTIDB (Das Präsidium der Öffentlichkeitsarbeit des Innenministeriums) am 6. März 2006 ein "geheimes" Schreiben an die Gouverneure gesandt mit dem Titel "Aktionsplan bezüglich separatistischer Aktivitäten. Maßnahmenkatalog an die

81 Provinzgouvernements und an die im Maßnahmenkatalog genannten Gouvernements". In Erfüllung des Maßnahmenkatalogs wurden an Grund- und Mittelschulen Komitees aus Fachlehrern gebildet. Diese Komitees sollen insbesondere in den Provinzen der Region Schulkinder identifizieren, die von "der Organisation benutzt werden", und ihnen Hilfestellung geben, zuallererst in Fragen der Bildung und Erziehung, aber auch in Fragen des Wohnens und der Ernährung. (Bianet, 3.5.06)

HRW Vertreter des Landes verwiesen

Jonathan Sugden von Human Rights Watch ist bei Untersuchungen zur Aufhebung des Dorfschützersystems und der Umsetzung eines Gesetzes zur Wiedergutmachung von Schäden, die durch Terror und Antiterrorkampf entstanden sind, im Kreis Karlova in Bingöl festgenommen und des Landes verwiesen worden. Sugden bezeichnete diese Maßnahme als Teil der in letzter Zeit angestiegenen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei. Als Grund für die Ausweisung musste das Touristenvisum herhalten, mit dem der Menschenrechtler eingereist war. „Ich war bereits 23 Mal mit dem gleichen Visum in der Türkei. 2003 wurde ich sogar vom Innenministerium eingeladen. Die jetzige Entscheidung verstehe ich nicht“, erklärte Sugden.

(ANF, ISKU und Cumhuriyet, 14.4.06)

Staatsanwalt aus Van entlassen

Der Hohe Rat für Richter und Staatsanwälte (HSYK) hat am 20. April beschlossen, den Staatsanwalt Ferhat Sarikaya aus Van, der in seiner im Zusammenhang mit den Vorfällen in Semdinli verfassten Anklageschrift den Kommandanten des Heeres, General Yasar Büyükanit, und einige Offiziere der „Bandenbildung“ beschuldigt hatte, aus dem Dienst zu entlassen. Die Staatssekretäre des Justizministeriums, die den Vorfall untersucht hatten, hatten empfohlen, dem Staatsanwalt zwei Disziplinarstrafen wegen Einfügens sachfremder Elemente in die Anklageschrift und wegen eines Schreibens an die Gendarmerie aufzuerlegen. Der Bericht der Staatssekretäre war die Grundlage des Beschlusses der HSYK, der nach Artikel 69 des Gesetzes zu Richtern und Staatsanwälten erfolgte.

Nach mehreren Anschlägen im Kurdengebiet hatte der Staatsanwalt auch die Armee illegaler Aktivitäten im Kampf gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) bezichtigt. (Zur Vorgeschichte vgl. NN 2 und 3 / 2006)

(Der Standard, 20.4.06; Radikal, taz und Yeni Özgür Politika, 21.4.06)

Kurd-Der verboten

Die 2. Kammer des Justizgerichts in Diyarbakir hat am 20. April die Schließung des Kurdischen Vereins (Kürt-Der) in Diyarbakir verfügt. Der Sprecher des Vereins, Ibrahim Güclü hatte die Position des Vereins in kurdischer Sprache vorgebracht und darauf verwiesen, dass der Verein Bildung und Erziehung in der kurdischen Sprache und Fernsehsendungen über 24 Stunden am Tag fordere. Diese Forderungen beruhten auf der Europäischen Menschenrechtscharta. Das Gericht beschloss die Auflösung des Vereins, da seine Mitglieder kurdisch als ihre gemeinsame Sprache benutzten und weil angeordnete Änderungen an der Satzung nicht binnen 30 Tagen vorgenommen worden seien.

(Milliyet, 21.4.06)

Türkisch-iranische Militäroffensive gegen die PKK

Seit Wochen marschieren türkische und iranische Truppen im Grenzgebiet zum Irakisch-Kurdistan auf. Ziel der gemeinsamen Offensive ist offiziellen Angaben zufolge die PKK.

Türkische Zeitungen berichteten, türkische Soldaten kontrollierten auf der irakischen Seite seit dem 22. April einen Streifen von 20 Kilometern. Luftwaffe und Artillerie hätten mehrere PKK-Lager zerstört; selbst PKK-Stellungen nahe der Stadt Amediye, die 30 Kilometer südlich der Grenze liegt, seien bombardiert worden.

Nach der türkischen Armee sollen in den vergangenen Tagen auch iranische Soldaten auf irakisches Territorium vorgestoßen sein, um gegen Stellungen der PKK vorzugehen. Iran bombardiert seit Wochen die PKK-Lager auf den Kandilbergen und riegelt zugleich kurdische Dörfer im Grenzgebiet ab.

Im Rahmen ihrer Frühjahrs Offensive habe die türkische Armee entlang der Grenze 250.000 Soldaten zusammengezogen, hieß es in der türkischen Presse. Mit der Durchführung der Offensive, die zu den größten aller Zeiten zählt, ist der Hardliner Armeechef Büyükanit betraut. Die Soldaten, die vorübergehend entlang der Grenze zum Irak stationiert sind, sollen verhindern, dass PKK-Mitglieder in die Türkei einsickern.

Generalstabschef Özkök erklärte, die Türkei sei aufgrund des in der UN-Charta festgelegten Rechts auf Selbstverteidigung berechtigt, im Irak zu intervenieren. Türkische Truppen bauten Stellungen entlang der Grenze aus, und Beobachter vor Ort meinten, viele Anzeichen deuteten auf eine ausgedehnte Sommerkampagne im Irak hin.

Die türkische Armee strich allen Urlaub für Militäranghörige und rief alles Personal auf seine Posten. Özkök kündigte eine "Intensivierung der Operationen" an.

Auf die Grenzverletzung hat die irakische Regierung mit einer Protestnote reagiert, die ihr Botschafter in Ankara überreichte. Außenminister Gül erklärte, die Türkei werde so lange Maßnahmen zum Schutz ihrer Grenzen durchführen, wie die irakischen Sicherheitskräfte zur Kontrolle der Grenze und zur Bekämpfung des Terrors nicht in der Lage seien. Anstatt die Türkei zu kritisieren solle der Irak dankbar für diese Maßnahmen sein, sagte Gül. Denn bald werde die PKK eine Bedrohung auch für den Irak und den Nordirak, äußerte Gül.

Unklar ist die Haltung der Vereinigten Staaten zu der Operation. Nachdem Generalstabschef Özkök am 23. April erklärt hatte, die Türkei habe in ihrem Kampf gegen den Terror ein Recht auf grenzüberschreitende Operationen, kommentierte der amerikanische Botschafter in Ankara, es sei „keine gute Idee“, wenn die türkische Armee die Grenze überschreiten würde. Demgegenüber berichtete die Zeitung „Hürriyet“, die Operation habe begonnen, nachdem Washington seine Zustimmung gegeben habe.

Anders als bei früheren Operationen berichtet die türkische Presse detailliert über die Vorbereitungsphase. Das nährte Spekulationen, daß der eigentliche Adressat der Operation nicht die PKK ist. Mutmaßlich war sie vielmehr eine Demonstration der Macht gegenüber den Regierungen des Irak und Irakisch-Kurdistans.

Die Operation wird auch als ein Signal an den Präsidenten von Irakisch-Kurdistan, Barzani, ausgelegt. Barzani habe signalisiert, auf grenzüberschreitende Operationen künftig militärisch zu antworten, heißt es in der Türkei. Die englischsprachige Zeitung „The New Anatolian“ veröffentlichte zudem Auszüge aus einem vertraulichen Bericht des türkischen Innenministeriums, in dem

Barzani auf lange Sicht für die Türkei als gefährlicher als der inhaftierte PKK-Chef Abdullah Öcalan bezeichnet worden sein soll.

Mesut Barzani als Präsident der Region Südkurdistan bezeichnete unterdessen im TV-Sender El Arabia die Beziehungen zur Türkei als problematisch: "Die Nachbarländer, insbesondere die Türkei, sind besorgt, weil wir erstmalig in der Region die Erfahrung einer kurdischen Regierung machen. Wir wollen eine Zusammenarbeit in Diplomatie und Handel. Aber es muss dazu gesagt werden, dass im Verhältnis zur Türkei Probleme bestehen. Es wird behauptet, dass unsere Regierung den Wunsch nach Unabhängigkeit der Kurden in der Türkei beeinflusst. In der Türkei herrscht keine Übereinstimmung. Aus offiziellen Kreisen kommen unterschiedliche Stellungnahmen. Wir sind dafür, die Probleme mit der Türkei zu lösen. Leider sind die Beziehungen zur Türkei nicht auf dem von uns gewünschten Niveau."

(Radikal, 21.4.06; CNNTurk, 23.4.06; Yeni Özgür Politika, 24.4. u. 2.5.06; Milliyet, 25.4.06; Die Welt, 25.04.2006; Hürriyet, 27. u. 28.4.06; ANF, FAZ, ; junge Welt u. Hürriyet, 3.5.06, FR, 4.5.06)

DTP in der Klammer der Justiz

Bei Angriffen gegen die Beerdigungsfeiern für die nach dem friedlich verlaufenen Newrozfest getöteten 14 Guerillakämpfer, haben 19 Zivilisten ihr Leben verloren. Während in diesem Zusammenhang kein einziges Ermittlungsverfahren gegen intervenierenden Sicherheitskräfte eingeleitet worden ist – immerhin hatte diese ihre Waffen gezielt gegen Zivilisten eingesetzt-, bekommt die DTP (Partei für eine demokratische Gesellschaft) die Rechnung für die Massendemonstrationen der Kurde präsentiert: Sie wird vom Staat wegen ihrer Proteste angeprangert. Die Regierung behauptet immer wieder die Illegalität der DTP.

Auch Sicherheitskräfte und die Justiz bleiben schließlich nicht untätig: Bis heute sind Hunderte von Mitgliedern der DTP verhaftet worden, darunter die Vorsitzenden der Provinzverbände von Batman, Van und Mardin, die Kreisverbandsvorsitzenden von Dogubeyazit, Kiziltepe, Silopi und Cizre sowie der stellvertretende Provinzverbandsvorsitzende von Diyarbakir. Die Haftbefehle gegen die DTP-Mitglieder werden mit Mitgliedschaft und Unterstützung einer terroristischen Organisation, Verstoß gegen das Versammlungsrecht und Aufstachelung zu Hass und Feindschaft begründet.

Insgesamt wurden über 500 Personen verhaftet, darunter 80 Minderjährige. Unter den Verhafteten befinden sich auch der Sprecher der Demokratie-Plattform Diyarbakir sowie zahlreiche Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen.

In Sakarya, Nigde und Erzincan wurden die Parteibüros von DTP und Vorstandsmitglieder angegriffen. Der Bürgermeister von Batman wurde in seinem Amtssitz mit Steinen beworfen. Das Auto von Osman Baydemir, Bürgermeister von Diyarbakir, wurde angegriffen, seine Security-Mannschaft von Sondereinheiten verprügelt. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch das Innenministerium haben ein Ermittlungsverfahren unter anderen gegen den Oberbürgermeister Diyarbakir, Osman Baydemir eingeleitet.

Der Oberstaatsanwalt am Kassationsgerichtshof, Nuri Ok, bemüht sich seit längerem, gegen die DTP vorzugehen. Zunächst zwang er die DTP, 74 Gründungsmitglieder von der Parteimitgliedschaft auszuschließen. Andernfalls hätte der Partei ein Verbot droht. Danach erklärte Ok das System der

„Doppelspitze“ im Parteivorsitz als unakzeptabel. In einem Schreiben an die DTP forderte er, der Parteivorsitz dürfe nach traditionellem Muster lediglich von einer einzigen Person eingenommen werden.

Dr. Mithat Sancar von der juristischen Fakultät in Ankara bezeichnete unterdessen die juristische Umklammerung der DTP als „politische Operation“, mit der die bestehende Gefahr noch gesteigert werde. „Die Operation der Kräfte, die ein Interesse an einer ungelösten kurdischen Frage haben, dauern an. Die gesteigerte Repression gegen die DTP ist Anzeichen einer Attacke der Kräfte, die hinter den Vorfällen in Semdinli stehen.“ Durch diese Herangehensweise werde die Anspannung gesteigert. „Um einen Weg zur Lösung der kurdischen Frage zu ebnet, muss denjenigen, die im Namen der Kurden Politik machen, die Möglichkeit politischer Repräsentation eingeräumt werden.“ Zu diesem Zweck müsse die Wahlhürde gesenkt werden.

(Mehrere Ausgaben von Yeni Özgür Politika)

Bis zu 24 Jahre für steinernde Kinder

Die Staatsanwaltschaft in Diyarbakir hat 105 Personen, darunter 80 Minderjährige wegen der Vorfälle vom 28. März im Zusammenhang mit der Beisetzung von PKK Kämpfern angeklagt. Ihnen wird Beschädigung öffentlichen Eigentums, Aufhetzung zum Aufstand und Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation zur Last gelegt.

Die Kinder werden in einem Nebengebäude des E-Typ Gefängnisses von Diyarbakir gefangen gehalten. Das Zentrum für Kinderrechte bei der Anwaltskammer Diyarbakir setzt sich für die Kinder ein und hat angekündigt, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anzurufen, falls die Kinder nicht bald freigelassen werden und ihrer Schulpflicht nachkommen können. Nach Schätzungen des Zentrums wurden bei den Vorfällen zwischen dem 28. März und dem 1. April 202 Kinder festgenommen und 95% von ihnen wurden gefoltert oder misshandelt. Die Staatsanwaltschaft fordert gegen die Steinernden Kinder Haftstrafen zwischen 9,5 und 24 Jahren.

(Yahoo und Radikal, 24.4.06; Radikal und Milliyet, 25.4.06; BiaNet, 26.4.06; Zaman, 27.4.06, TIHV, Woche 17/2006, tihv@tr.net, www.tihv.org.tr)

Ahmet Türk über die Zukunft der Kurden in der Türkei

Die letztes Jahr gegründete "Partei für eine demokratische Gesellschaft" ist die größte legale kurdische Partei der Türkei. Sie gilt als der PKK nahestehend. Parteichef Ahmet Türk selbst jedoch, Sproß einer alten Aristokratenfamilie, gilt als gemäßigt und teilweise PKK-kritisch. Mit ihm sprach Boris Kalnoky über Perspektiven für die Kurden.

Die WELT: Die Armee führt eine große Offensive in der Region, warum?

Türk: Diese Operation verfolgt zwei Ziele. Einmal soll die PKK getroffen werden, man will aber sicher auch die AKP schwächen. Beides soll dazu beitragen, eine demokratische Lösung des Kurdenproblems zu verhindern.

WELT: Ist es nicht die PKK, die eine Lösung verhindert? Warum begann sie 2004 wieder zu kämpfen?

Türk: Sie hatte fünf Jahre lang einen einseitigen Waffenstillstand eingehalten. Aber nichts tat sich. Es ist alles beim alten - die

Türken sagen, es gibt kein kurdisches Problem, und jeder in der Türkei ist ein Türke. Wenn man die Gesellschaft nicht korrekt reflektiert, dann wird man die Probleme fühlen. Wir wollen aber in Frieden leben. Die Kurden wollen in der Türkei und mit den Türken leben. Es gibt keine Pläne für eine Teilung des Landes.

WELT: Wieso begann der bewaffnete Kampf der PKK in genau dem Augenblick, als erste Rechte und Reformen gewährt wurden - TV-Programme, Sprachkurse, kleine Schritte sicher, die aber damals von der gesamten kurdischen Gesellschaft als spektakuläre Tabu-Brüche bezeichnet wurden.

Türk: Man muß die Türkei genau verstehen. Es gibt Kräfte, die keine moderne Türkei wollen, und auch keinen EU-Beitritt. Es gibt derzeit große Anstrengungen dieser Kräfte, die Regierung unter enormen Druck zu setzen.

WELT: Damit meinen Sie die Armee. Auch Ihre Partei wird unter Druck gesetzt. Wird sie möglicherweise bald verboten?

Türk: Ja, das ist eine Möglichkeit. Es gibt Ermittlungen gegen uns und gegen viele unserer Leute. Wir stehen aber immer für Dialog. Wir fordern nichts anderes als eine demokratische Politik und das Recht, repräsentiert zu sein und unsere eigene Identität zu entwickeln. Es kann nicht angehen daß die Kurden nicht im Parlament repräsentiert sind, schuld daran ist die Zehn-Prozent-Hürde.

WELT: Erdogan hat Ihnen auch Dialog angeboten - wenn Sie die PKK als terroristisch bezeichnen und sich von ihr distanzieren.

Türk: Wir haben diese Äußerung nicht als ein seriöses Gesprächsangebot betrachten können. Wissen Sie, es gibt hier 57 Parteien und alle nennen die PKK terroristisch. Haben sie deswegen irgendeine Wirkung auf die kurdische Politik gehabt? Ernste Probleme brauchen ernste Lösungen. Pragmatisch und ohne Emotionen. Wenn die Türken ein Reformprojekt formulieren, das Vertrauen erweckt, dann werden wir sehr gerne und sehr klar alle kritisieren, die Waffen gebrauchen. Krieg kann nie eine Lösung sein.

WELT: Radikalisiert die gegenwärtige Krise die kurdische Jugend?

Türk: Die Kurden wollen Ihre Rechte und sie wollen ihre kulturelle Identität entwickeln. Wenn man diese normalen demokratischen Forderungen der Bürger als Sicherheitsproblem behandelt, dann erreicht das Problem irgendwann eine andere Dimension. Die Türkei muß ihren Bürgern nur jene Rechte geben, die der modernen Welt entsprechen, und dann wird dem Land dieses Chaos und diese Atmosphäre erspart bleiben.

(Boris Kalnoky in der Zeitung Die Welt, 8.5.06)

Intellektuelle fordern einen bedingungslosen Dialog

Während die Regierung in Ankara an einer militärischen Lösung der Kurdenfrage festhält, haben türkische und kurdische Intellektuelle einen eintägigen Sitzstreik im Pera-Palast-Hotel in Istanbul für die Lösung der Kurdenfrage abgehalten.

In einer gemeinsamen Erklärung wird ein Ende des Blutvergießens gefordert: „Wir denken, dass die einzige Lösung eine Einigung darstellt, die über einen Dialog erreicht werden muss. Muslime müssen mit Nicht-Muslimen sprechen, Sunniten mit Aleviten. Ein zivilisierter Dialog fern von Vorurteilen und ohne Vorbedingungen. Das ist es, was in dem heutigen Klima von Gewalt in der Türkei vonnöten ist. (...) Wenn die Menschen anfangen, frei miteinander zu sprechen, werden die Schüsse, die wir nicht mehr hören wollen, und die Anblicke der Toten, die wir

nicht mehr sehen wollen, ein Ende finden und es werden sich Lösungen finden.“

Die Aktion der Intellektuellen wird u.a. von Akin Birdal, Gencay Gürsoy, Levent Tüzel, Fatos Güney, Julide Kural, Esber Yagmurdereli, Murathan Mungan und Hasip Kaplan unterstützt.

(Yeni Özgür Politika und Gündem, 9.4.06, ISKU)

Sterblichkeitsrate bei Neugeborenen im Kurdengebiet dreimal höher

Die Sterblichkeitsrate bei Neugeborenen ist in Kurdistan dreimal höher als im Durchschnitt der Türkei. Nach Angaben des Vorsitzenden der Zweigstelle in Van des „Nationalen Pädiatriveins der Türkei“ und Dozenten an der Universität in Van, Dr. Ercan Kiriçi, liegt die Sterblichkeitsrate von Neugeborenen in der Türkei im Durchschnitt bei 28 von 1000, während im Kurdengebiet eine Rate von 70 von 1000 vorliegt. Neben schlechten gesundheitlichen Bedingungen seien vor allem sozioökonomische Gründe die Ursache. Auch greife in dieser Region das Gesundheitssystem nicht. Erforderlich sei der Einsatz von mehr Ärzten.

Radikal, 14.04.2006, ISKU)

Es gärt im Armenhaus der Türkei

Seine Tochter kämpft für die PKK, sein Sohn sitzt im Gefängnis, weil er einer verbotenen politischen Vereinigung angehört. Und er sagt, dass er sehr stolz darauf ist.

Der Mann, der seinen Namen nicht nennen will, lebt in Mardin, einer Stadt mit 70 000-Einwohnern an der türkisch-syrischen Grenze. Er lebt in einem kleinen Haus mit drei Zimmern, acht Quadratmeter ist das Wohnzimmer groß. Ein Sofa mit zerschlissem Bezug steht darin, ein Tisch – ein Fernseher. Er hat elf Kinder. (...)

Die Armee hat die Familie vor einigen Jahren aus ihrem Dorf vertrieben. Es geht ihm wie Hunderttausenden Menschen in Südost-Anatolien – in Mardin, in Batman oder Diyarbakir.

Während des türkischen-kurdischen Bürgerkriegs hatte das Militär zahlreiche Dörfer geräumt, es hatte Häuser zerstört und Felder verwüstet. (...) Die Menschen ließen ihre Ziegen und Rinder, ihre Häuser und Olivenbäume zurück und flüchteten in die Städte.

Der Mann sagt: "Wir Kurden werden nicht anerkannt, wir bekommen keine Hilfe. (...) Die zaghaften Reformen werden die Bedürfnisse des kurdischen Volkes nicht befriedigen." Er ist voller Wut auf die Regierung in Ankara. Er hat in Mardin keine Arbeit gefunden und will zurück in seine Heimat. (...)

Wer nach Südost-Anatolien reist, der landet im Armenhaus der Türkei. Von Mardin aus sind es nur 80 Kilometer bis nach Diyarbakir, der inoffiziellen Hauptstadt der türkischen Kurden. In Diyarbakir sind Kämpfer der PKK und das türkische Militär immer wieder aufeinander gestoßen, es ist Blut geflossen auf den Straßen.

Diyarbakir hat eine lange Geschichte. Die Römer waren da, die Perser, die Araber, die Türken. (...) Und viel Elend.

In den Vororten leben die Menschen in zerfallenen Häusern, der Müll stapelt sich in den Höfen. 1990 lebten 375 000 Einwohner in Diyarbakir, heute sind es über eine Million. Rund 60 Prozent der Menschen sind arbeitslos.

Frauen sitzen am Rand der staubigen Straßen. Auf den Plätzen treffen sich die Männer. (...) Und Kinder. Tausende Jungen und Mädchen laufen durch die engen Gassen, ohne Schuhe und in

zerfetzten Hosen. Sie hocken vor Pappkartons mit Kaugummi, Kugelschreibern und Feuerzeugen. Sie verkaufen Taschentücher oder putzen Schuhe für einige Lira.

Osman Baydemir ist Bürgermeister von Diyarbakir und Mitglied der aktuellen legalen Kurdenpartei DTP. Er gilt als wichtigster Mann in der Region, als Hoffnungsträger im Kurdenkonflikt. Er sitzt im Büro des Rathauses, ein grauer Betonklotz im Zentrum der Stadt. (...)

Er fordert Anerkennung, Gleichberechtigung, Hilfe für die Menschen im bitterarmen Südosten. Er spricht von einem "Teufelskreis zwischen Verleumdung und Anerkennung". "Wir müssen ohne Wenn und Aber eine Waffenruhe erreichen", sagt er. "Wir müssen den Menschen ermöglichen, ihre Waffen niederzulegen und ehrenvoll in die Gesellschaft zurückzukehren. Wir müssen Gleichheit schaffen, um zu verhindern, dass sie wieder in den bewaffneten Kampf zurückkehren. Es müssen kurdische Abgeordnete im Parlament vertreten sein."

Und die Regierung müsse die kulturelle Identität der Kurden akzeptieren. Baydemir war selbst angeklagt worden, weil er die kurdischen Bürger seiner Stadt auf Kurdisch begrüßt hat. (...)

(Katrin Teschner in newsclick.de, 18.4.06)

Gemeinsame Regionalregierung in Irakisch-Kurdistan

Ein "historischer" Moment sei es gewesen, ließ die kurdisch-irakische Regionalregierung verlauten, als der neue kurdische Ministerpräsident Nechirvan Barzani von der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) am 7. Mai 2006 vor das Parlament in der kurdischen Hauptstadt Hewler/Arbil trat und eine "leuchtende Zukunft für alle" ankündigte. In dem Zukunftsprogramm setzt sich das neue kurdische Kabinett in allgemein gehaltenen Ankündigungen die Verbesserung von Lebensbedingungen, Infrastruktur und Bildungssystem zum Ziel - außerdem will sie die erdölbereiche Stadt Kirkuk "im Rahmen eines demokratischen Prozesses" für die Kurden zurückgewinnen.

Nach langen und zähen Verhandlungen hatten sich zuvor die KPD und die Patriotische Union Kurdistans (PUK) auf ein gemeinsames Kabinett und eine neue, einheitliche Regierung der Kurdengebiete im Nordirak geeinigt. KDP-Führer Massud Barzani und der PUK-Führer Dschalal Talabani unterzeichneten ein entsprechendes Abkommen, um einen langen Konflikt und Bruderkrieg zu beenden, dessen Folge die Teilung der Verwaltungsstrukturen war.

Aus dem Büro des UN-Sondergesandten im Irak kam Lob. Die Einigung der beiden großen Kurdenparteien habe gezeigt, daß langjährige Konflikte auf dem Verhandlungsweg beigelegt werden können. Alle Iraker sollten sich daran ein Beispiel nehmen (...) Die kurdischen Regierungsmitglieder werden das mit großer Genugtuung vernommen haben, denn sie werben stets mit dem Argument für die kurdische Sache, daß die Kurden beim Wiederaufbau, der inneren Sicherheit und der Schaffung demokratischer Institutionen der Zentralregierung in Bagdad um Längen voraus seien.

(Yeni Özgür Politika, 8.5.06; F.A.Z., 9.5.06)

Angriff auf Sayan

Ausländerfeindliche Angriffe sorgen vor Beginn der Fußball-WM für Schlagzeile. Der kurdischstämmige PDS-Politiker Giyasettin Sayan (56) wurde am 19. Mai 2006 von Rechtsextremisten in seinem Wahlkreis im Bezirk Lichtenberg schwer verletzt. Der

Überfall gab der Debatte über Warnungen vor fremdenfeindlicher Gewalt in Ostdeutschland neue Nahrung.

Sayan, der als migrationspolitischer Sprecher im Berliner Abgeordnetenhaus tätig ist, wurde brutal zusammengeschlagen. Einer der Angreifer soll zuvor gesagt haben: "Scheiß Türke, wir kriegen Dich." Sayan erlitt eine Gehirnerschütterung und Prellungen, die Schläger konnten entkommen. Lichtenberg gilt als Hochburg für Neonazis.

Politiker aller Parteien reagierten bestürzt auf die fremdenfeindliche Attacke und verurteilten sie. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) erklärte, ein solcher Angriff sei nicht zu tolerieren. Grünen-Chefin Claudia Roth sagte, dieser Fall zeige, es seien keine Einzelfälle, "sondern wir haben ein flächendeckendes, gravierendes rechtsextremistisches Gewaltproblem in unserem Land."

Sayan lebt sei mehr als 30 Jahren in Deutschland und engagiert sich besonders in der Ausländerpolitik. Er ist migrationspolitischer Sprecher der Linkspartei.PDS im Berliner Abgeordnetenhaus und Mitglied des Parlamentspräsidiums und jahrelanger Kooperationspartner des Dialog-Kreises.

(Die Welt, 20.5.06; Berliner Morgenpost, Netzeitung und diepresse.com, 21.5.06)

Neuerscheinung

"Ehrenmorde"

Von İlhan Kizilhan

Alljährlich werden weltweit mindestens 5.000 Mädchen und Frauen im Namen der Ehre ermordet – dies besagt der Weltbevölkerungsbericht der UNO aus dem Jahr 2005. Die tatsächliche Zahl der Fälle jedoch liegt wohl eher zwischen 10.000 und 100.000. Diese so genannten Ehrenmorde treten zwar häufig in islamisch geprägten Ländern auf, beschränken sich jedoch nicht auf diese und sind kein religiöses, sondern ein soziales Phänomen: Menschen töten Menschen, weil sich jemand, meist eine Frau, nicht an tradierte Normen und Verhaltensregeln gehalten hat.

Der Autor analysiert die historischen, politischen und psychologischen Hintergründe des Phänomens, um mögliche wissenschaftlich fundierte Erklärungen dafür finden zu können und diskutiert zahlreiche aktuelle Fallbeispiele ebenso wie Modelle zur Prävention.

(verlag irena regener berlin, erscheint 6/2006. ca. 150 S., € 26,80, ISBN 3-936014-08-6. Bestellung: Fax: 030 - 42 85 67 62, verlag@regener-online.de)

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/

DTF Infopost – Informationen des Demokratischen Türkeiforums, info@tuerkeiforum.net, www.tuerkeiforum.net

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org; www.nadir.org/isku/

Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de

Kurdistan Rundbrief, www.kurdistan-rundbrief.de

Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), kdi@gmx.net

Koalition Demokratisches Syrien (KDS), kds-info@gmx.net

Mezopotamian Development Society, MESOP@online.de